

Nachrichten**Kritik an der Stader Bauverwaltung****Hinweise bei Kraftwerksplanung nicht beachtet**

STADE. Auch wenn das Thema sich durch den Rückzug von GDF Suez (vormals Electrabel) aus Stade erledigt hat, erhebt die Interessengemeinschaft Deichstraße/Kreuelerweg noch einmal die Stimme und kritisiert die Stader Bauverwaltung heftig.

Die Stadt hätte sich nicht ausreichend mit dem Standort beschäftigt, nicht alle nötigen Untersuchungen vorgenommen und so letztlich einen nicht haltbaren Bebauungsplan für ein Kohlekraftwerk auf dem ehemaligen Hydro-Gelände aufgestellt, kritisiert der Vorsitzende der Interessengemeinschaft der Anlieger, Stefan Seidel.

In der Tat war dieser B-Plan 333/1 vom Oberverwaltungsgericht (OVG) in Lüneburg als rechtlich bedenklich eingestuft worden, weil er keinen flächenbezogenen Schalleistungspegel ausgewiesen hat.

Zu einer Verhandlung vor dem OVG war es gar nicht erst gekommen, weil die Stadt Stade vorab Nachbesserungen und ein Schallgutachten angekündigt hatte. Das Gericht hatte die sogenannte Normenkontrollklage verschiedener Bürgerinitiativen von beiden Elbseiten gegen die Kohlemeiler angenommen und damit Erfolgchancen signalisiert.

Nun behauptet Seidel in einer Pressemitteilung, dass dies alles nicht notwendig gewesen wäre, wenn die Bauverwaltung von vorneherein sauber gearbeitet und etwa die Hinweise von der Eon und dem Kreis Pinneberg bei dem Anhörungsverfahren beachtet hätte. Die Interessengemeinschaft belegt das mit Schreiben den genannten Einwander.

Im Eon-Brief heißt es: "Dies macht die Festlegung von Schallkontingenten (z.B. in Form flächenbezogener Schalleistungspegel) erforderlich." Und der Kreis Pinneberg verweist auf die unzureichende Beschäftigung mit den Auswirkungen von Einleitungen in die Elbe auf deren Fischbestände: "Es ist nicht ausreichend, wenn in den Unterlagen festgehalten ist, dass ein Einlaufbauwerk so gestaltet werden soll, dass die Auswirkungen auf die Fischfauna möglichst gering sind. Das ist zwar zu begrüßen, jedoch keinesfalls ausreichend, um eine Verträglichkeit festzustellen."

Wäre die Stadt damals diesen Hinweisen gefolgt, kritisiert Seidel, dann hätte sie den Anliegern viele Sorgen erspart. (pa)

18.02.2010

 **Artikel drucken**

© Zeitungsverlag Krause GmbH & Co. KG

Fenster schließen